



**Postulat der SVP-Fraktion betreffend Förderung der Eigenverantwortung bei der Integration durch die Möglichkeit der Kostenbeteiligung für Kulturvermittler und Dolmetscher an Schulen**

(Vorlage Nr. 2977.1- 16076)

Bericht und Antrag des Regierungsrats  
vom 5. Mai 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion reichte am 27. Mai 2019 ein Postulat betreffend Förderung der Eigenverantwortung bei der Integration durch die Möglichkeit der Kostenbeteiligung für Kulturvermittler und Dolmetscher an Schulen ein. Der Kantonsrat hat das Postulat am 27. Juni 2019 an den Regierungsrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

**1. Anliegen des Postulats**

Gemäss § 18 Abs. 1 des Schulgesetzes (SchulG) vom 27. September 1990 (BGS 412.11) darf für den Unterricht an den öffentlichen Schulen kein Schulgeld erhoben werden. Für bestimmte Leistungen und Aufwendungen können indes Elternbeiträge erhoben werden (vgl. § 18 Abs. 2 SchulG). Für welche Aufwendungen die Gemeinden Beiträge verlangen können, ist in § 10 Abs. 1 der Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111) erwähnt. Beiträge für Dolmetscher- und Übersetzerkosten werden nicht genannt. Das Postulat verlangt nun, die Verordnung zum Schulgesetz dahingehend anzupassen, dass auch für Dolmetscher- und Übersetzerkosten von den Erziehungsberechtigten Elternbeiträge erhoben werden können.

**2. Teil des unentgeltlichen Grundschulunterrichts**

Der Einsatz von Dolmetscherdiensten ist eine Gratwanderung. Einerseits sollen Dolmetscherdienste die sprachliche Integration der Eltern nicht verzögern oder gar verhindern. Andererseits kommen Dolmetscherdienste nicht in erster Linie den Eltern, sondern deren Kindern als betroffene Schülerinnen und Schüler zugute. Diese sind darauf angewiesen, dass ihre Eltern mit der Schule zusammenarbeiten sowie ihre Rechte und Pflichten gemäss §§ 20 und 21 SchulG wahrnehmen können. Verzichteten die Eltern aus Kostengründen auf einen Dolmetscherdienst, litten in erster Linie die Kinder darunter. Auch die Schule profitiert davon, wenn ihre Anliegen verstanden werden. In einem engen Rahmen und für Neuankömmlinge sind Dolmetscherdienste oder auch der Einsatz von Kulturvermittlerinnen und -vermittlern gerechtfertigt, ohne dass daraus für das Gemeinwesen eine Pflicht zur Kommunikation in einer anderen Sprache als Deutsch abgeleitet werden kann. In diesem engen Sinne angewandt und mit Blick auf die Kinder als Nutzniessende sind die genannten Dienste als Teil eines ausreichenden Grundschulunterrichts zu betrachten, der nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung unentgeltlich zu sein hat (Urteil des Bundesgerichts 2C\_206/2016 vom 7. Dezember 2017 E. 3.2.4). Um die Kosten für Dolmetscher- und Kulturvermittlungsdienste gering zu halten, können diese Dienste auch als Freiwilligenarbeit von integrierten Landsleuten organisiert werden. Eine solche Organisation belastet die Gemeinwesen allenfalls symbolisch und ist gleichsam eine Einführung in die selbstverantwortliche Schweizer Art.

### **3. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat der SVP-Fraktion betreffend Förderung der Eigenverantwortung bei der Integration durch die Möglichkeit der Kostenbeteiligung für Kulturvermittler und Dolmetscher an Schulen (Vorlage Nr. 2977.1-16076) als nichterheblich zu erklären.

Zug, 5. Mai 2020

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Stephan Schleiss

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart